



Liebe Leserinnen und Leser,

in der Flüchtlingspolitik haben wir in unserer Bundestagsfraktion von Anfang an zwei Ziele verfolgt: Wir kümmern uns um diejenigen Menschen, die in Not sind und deshalb ein Bleiberecht in Deutschland haben. Alle anderen aber müssen Deutschland wieder verlassen.

In der vergangenen Woche haben wir uns mit unserem Koalitionspartner auf mehrere Maßnahmen verständigt: Der Familiennachzug soll für Antragsteller mit subsidiärem Schutz für einen Zeitraum von zwei Jahren ausgesetzt werden. Über den genauen Personenkreis werden jetzt die Innenminister von Bund und Ländern beraten. Hier muss man schnellstens zu Ergebnissen kommen. Die Verfahren für Bewerber mit geringer Aussicht auf Anerkennung sollen beschleunigt werden. Dazu wird es drei bis fünf Aufnahmeeinrichtungen geben, in denen wir bei bestimmten Flüchtlingsgruppen schnell entscheiden, wer Aussicht darauf hat, in Deutschland zu bleiben. Das sogenannte Dublin-III Verfahren tritt zudem wieder in Kraft, so dass die Verantwortung innerhalb Europas gerechter verteilt wird. Menschen, für die das nicht gilt, müssen unser Land umgehend verlassen. Schließlich ist vereinbart worden, dass sich Flüchtlinge auch an den Kosten der Integrationsmaßnahmen beteiligen, etwa was die Teilnahme an Sprachkursen betrifft. Eine ausführliche Darstellung finden Sie auch in meinem Newsletter vom 6. November 2015.

Gleichzeitig arbeiten wir mit unseren Partnern in Europa daran, weitere Rahmenbedingungen zu verbessern. Mit europäischen Registrierungszentren, wie sie für Griechenland und Italien vorbereitet werden, werden wir die Verantwortung anderer EU-Staaten für eine gemeinsame EU-Asylpolitik stärken. Noch im November werden wir gemeinsam mit unserem Nato-Partner Türkei beraten, wie wir gemeinsam zu einer Verbesserung der Lage kommen können. Ziel ist, dass die Menschen aus Syrien in ihrer Heimatregion bleiben. Dafür sind wir bereit, mehr als bisher zu ihrer Versorgung vor Ort beizutragen.

Mit freundlichen Grüßen Ihr

#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



#### KURZ UND BÜNDIG

**07.-08. November**  
Bundestagung der CDA

**11. November**  
Kamingespräch zur Offensive Mitbestimmung mit DGB Vorsitzendem Reiner Hoffmann

**12. November**  
15. Europäische Wirtschaftsgespräche der EVP-Fraktion

#### TERMINE

**13. November**  
CDU-Wolfenbüttel Kreistagsfraktionssitzung

**14. November**  
Klausurtagung CDU-Kreisvorstand Wolfenbüttel

**15. November 11.15Uhr**  
Stunde der Besinnung zum Volkstrauertag Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Feierhalle der Schule am Teichgarten Wolfbüttel

**16. November**  
Diskussion mit Schülern, Schule am Schloss, Wolfenbüttel

**16 November**  
Besuch der Grotjahn-Stiftung, Schladen

**16 November**  
CDU-Kreisvorstandssitzung + (nicht öffentlicher) Kreisparteitag



## Einer von uns in Berlin - Sitzungswoche vom 9. bis 13. November 2015

**Zweites Gesetz zur Stärkung der pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften (Zweites Pflegestärkungsgesetz - PSG II).** Mit dem Zweiten Pflegestärkungsgesetz, das wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, setzen wir einen maßgeblichen Bestandteil des Koalitionsvertrags im Bereich Gesundheit und Pflege um. Die Pflegeversicherung und die pflegerische Versorgung sollen durch einen neuen Bedürftigkeitsbegriff und ein neues Begutachtungsinstrument auf eine neue Grundlage gestellt werden. In Zukunft fließen damit alle Einschränkungen – körperliche, geistige und psychische – in die Pflegeeinstufung ein. Außerdem sollen sämtliche Beratungsleistungen im Bereich der Pflegeversicherung sowie die rentenrechtliche Absicherung pflegender Angehöriger verbessert werden. Den Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“ wollen wir stärken, genauso wie den „Pflege-TÜV“, der institutionell und inhaltlich auf eine neue Grundlage gestellt wird. So wird mehr Transparenz für die Angehörigen erreicht und die Ergebnisqualität des „Pflege-TÜVs“ in den Vordergrund gerückt.

**Gesetz zur Nachhaftung für Rückbau- und Entsorgungskosten im Kernenergiebereich (Rückbau und EntsorgungskostennachhaftungsG).** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in erster Lesung berieten, führen wir eine gesetzliche Nachhaftung von Konzerngesellschaften für die von ihnen beherrschten Betreibergesellschaften von Kernkraftwerken ein. So stellen wir sicher, dass die Kosten für Stilllegung und Rückbau der Kernkraftwerke sowie Entsorgung und Endlagerung radioaktiver Abfälle auch dann übernommen werden, wenn sich gesellschaftsrechtliche Veränderungen in den Konzernen, etwa durch die Insolvenz einer Betreibergesellschaft, ergeben.

**Gesetz zur Bekämpfung von Doping im Sport.** In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir den Gesetzentwurf, der einen Meilenstein in der Sportpolitik und der Dopingbekämpfung darstellt: Die bisher im Arzneimittelgesetz geregelten dopingrelevanten Bestimmungen werden in einem neuen Gesetz zusammengefasst und schützen neben der Gesundheit der Sportler auch Fairness und Chancengleichheit sowie die Integrität des sportlichen Wettkampfs. Zum ersten Mal sollen gezielt auch dopende Leistungssportler selbst strafrechtlich erfasst werden. Weiterhin ist vorgesehen, die bisher geltenden Straftatbestände zur Verfolgung von Hinterleuten und zur Bekämpfung des Dopingmarktes um neue Tatbegehungsweisen zu erweitern. Mit dem Anti-Doping-Gesetz ist auch die Schaffung einer neuen Ermächtigung zur Datenübermittlung von Gerichten und Staatsanwaltschaften an die Nationale Anti-Doping Agentur verbunden.

### TERMINE

#### 17. November

Gespräch mit Detlef Ahting (ver.di) Thema. Werkverträge

#### 20. November

Gespräch CDU-Landesverband Braunschweig

#### 20. November

CDU-Kreistagsfraktionssitzung

#### 20. November

Braunkohlessen CDU Ortsverband Bruchmachtersen

#### 21. November

Vortrag beim 2. Interdisziplinären Konsultativ-Treffen zu möglichen Mobbingbe- weiserleichterungen, Salzgit- ter- Bad Windmühlenberg- str.

#### 21. November 16:30Uhr

Feierlicher Übergabe des TSF-W der Freiwilligen Feu- erwehr Cremlingen, Ortsfeu- erwehr Hordorf



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



**Industrie 4.0 und Smart Services – Wirtschafts-, arbeits-, bildungs- und forschungspolitische Maßnahmen für die Digitalisierung und intelligente Vernetzung von Produktions- und Wertschöpfungsketten.** Im Antrag, den wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner zu einer sofortigen Abstimmung einbrachten, benennen wir die wesentlichen Herausforderungen für die Digitalisierung der Wirtschaft und begrüßen die dazu ergriffenen vielfältigen Maßnahmen der Bundesregierung. Gleichzeitig fordern wir im Rahmen verfügbarer Haushaltsmittel weitere Aktivitäten zur Gestaltung einer zukunftsfähigen Industrie 4.0. Dazu gehören nicht nur der flächendeckende Breitbandausbau, sondern insbesondere auch eine Stärkung von Ausbildung und Forschung zur Stärkung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Startups.



**Einigung zur Flexi-Rente.** Mit dem Rentenpaket haben die Fraktionen von CDU/CSU und SPD im Deutschen Bundestag wichtige Vorhaben aus

dem Koalitionsvertrag umgesetzt - namentlich die Mütter-Rente, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sowie die demographie-feste Ausgestaltung des Rehabudgets. Uns war klar, dass zum Gesamtpaket zwar auch die abschlagsfreie Rente für besonders langjährig Versicherte auf Wunsch des Koalitionspartners gehört. Wir wollten jedoch den Frühverrentungsanreizen entgegen wirken und zusätzliche Anreize setzen, die einen längeren Verbleib der Menschen im Erwerbsleben fördern.

Wichtig war uns zunächst, dass Menschen mehr Möglichkeiten erhalten, flexibel in den Ruhestand zu gehen, damit sie anstelle einer vorgezogenen Altersrente bessere Alternativen haben, auch gleitend aus dem Erwerbsleben auszuscheiden. Dazu sollen nun die Teilrenten gängiger gemacht werden. Es soll möglich sein, die Teilrente stufenlos zu wählen. Ziel ist, dass es attraktiver wird, länger im Erwerbsleben zu bleiben.



Wir wollen mit dem nun gefundenen Kompromiss Frühverrentung vermeiden und Anreize zum frühen „Job-Ausstieg“ minimieren. Deshalb bleiben Hinzuverdienstgrenzen bestehen, das Hinzuverdienstrecht wird aber wesentlich vereinfacht. Die bisherige Einkommensanrechnung mittels dreier Stufen beim Überschreiten der Grenze soll durch ein einfacheres Anrechnungsmodell ersetzt werden. Dabei sollen oberhalb von 450 Euro künftig bis zu einer individuellen Obergrenze (höchstes Einkommen der letzten 15 Jahre) nur 40 Prozent auf die Rente angerechnet



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de





werden. Erst bei Überschreiten dieser Obergrenze erfolgt eine volle Anrechnung.

Schon heute kann es sich lohnen, den Rentenbeginn möglichst lange hinauszuzögern. Wer über das Regeleintrittsalter hinaus weiter arbeitet und die Rente erst später in Anspruch nimmt, erhöht seine Rente um rund 6 Prozent jährlich.



Künftig soll außerdem die Zahlung von zusätzlichen Beiträgen zum Ausgleich von Abschlägen in der gesetzlichen Rente bereits ab einem Alter von 50 Jahren ermöglicht werden.

**Klimakonferenz in Paris muss ehrgeiziges Abkommen beschließen.** Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner unterstützen wir in einem Antrag die Position der Bundesregierung bei der Klimavertragsstaatenkonferenz in Paris (COP 21), die vom 30. November bis 11. Dezember 2015 stattfindet. Wir wollen, dass Deutschland und Europa weiter Vorreiter beim Klimaschutz bleiben. Gleichzeitig kann die globale Herausforderung einer Klimapolitik nur durch eine weltweite, gemeinsame Anstrengung gemeistert werden. Wir bestärken die Bundesregierung aus diesem Grund darin, sich in Paris für ein Kyoto-Folgeabkommen einzusetzen, in dem sich möglichst viele Staaten zu konkreten Klimazielen verpflichten und sich an der internationalen Klimafinanzierung beteiligen. Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

insbesondere durch eine Minderung der Treibhausgasemissionen sollen aus unserer Sicht auch zentrale Elemente der Entwicklungszusammenarbeit bleiben.



**Gesetz zum automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuer-sachen und zur Änderung weiterer Gesetze und Gesetz zu der Mehrseitigen Vereinbarung vom 29. Oktober 2014 zwischen den zuständigen Behörden über den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten.** Um den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen mit den Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowie Drittstaaten aufgrund der im Oktober 2014 unterzeichneten „Mehrseitigen Vereinbarung“ zu gewährleisten, überführen wir die gemeinsamen Meldestandards in nationales Recht. Zusätzlich nehmen wir damit verbundene Änderungen im Finanzverwaltungsgesetz sowie im EU-Amtshilfegesetz vor. Darin werden die zuständigen Finanzinstitute verpflichtet, die entsprechenden Daten regelmäßig zu erheben und anderen Vertragsstaaten regelmäßig automatisch zu übermitteln. Der Informationsaustausch stellt einen Meilenstein bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung dar. Steuerhinterziehung wird zukünftig bei den am Informationsaustausch teilnehmenden Staaten wesentlich erschwert, da die zuständigen Finanzbehör-



#### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



den Informationen über Finanzkonten gegenseitig austauschen. Wir setzen diesen Meilenstein bei der Bekämpfung der Steuerhinterziehung in zweiter und dritter Lesung um.

**Gesetz zur Änderung des Aktiengesetzes (Aktienrechtsnovelle 2014).** Mit dem Gesetzentwurf, den wir in zweiter und dritter Lesung beschlossen, soll die aktienrechtliche Praxis in verschiedenen Punkten erleichtert werden. Zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorfinanzierung sollen die Beteiligungsverhältnisse transparenter gestaltet werden, indem die Ausgabe von Inhaberk Aktien bei nicht-börsennotierten Gesellschaften an den Ausschluss des Einzelverbriefungsanspruchs geknüpft und die Hinterlegung der Sammelurkunde bei einer Wertpapiersammelbank verpflichtend vorgeschrieben wird. Zur Stärkung der Eigenkapitalbasis sollen Gesellschaften in Zukunft Wandelschuldverschreibungen ausgeben, bei denen nicht nur die Gläubiger, sondern sie selbst ein eigenes Umtauschrecht erhalten. Ebenso soll es Aktiengesellschaften ermöglicht werden, Vorzugsaktien ohne zwingenden Nachzahlungsanspruch auszugeben, damit das eingezahlte Kapital als regulatorisches Kernkapital angesehen werden kann. Darüber hinaus bringen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner einen Entschließungsantrag ein, in dem wir Bundesregierung und Europäische Kommission dazu auffordern, einen europaweit einheitlichen Stichtag für die Bestimmung der Teilnahme- und Stimmberechtigung bei Namensaktien zu schaffen.

**Gesetz zur Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie.** In zweiter und dritter Lesung beschlossen wir die Umsetzung der EU-Mobilitätsrichtlinie, die Freizügigkeit und den Arbeitnehmerwechsel erleichtern soll, indem der Erwerb und der Erhalt von Betriebsrentenansprüchen für Arbeitnehmer innerhalb der EU verbessert werden. Durch die Änderung

von Betriebsrenten- und Einkommensteuergesetz profitieren dabei auch Arbeitnehmer im Inland: Wir senken dazu die Unverfallbarkeitsfristen von fünf auf drei Jahre und das zu vollendende Lebensalter für den Erwerb unverfallbarer Rentenanwartschaften von 25 auf 21 Jahre ab. Wir erleichtern darüber hinaus den Auskunftsanspruch von Arbeitnehmern.

## Wussten Sie schon...?

..., dass der Verbindungssteg zwischen den Bundestagsbauten scherzhaft als „Beamtenlaufbahn“ bezeichnet wird?



..., dass im ehemaligen Reichstagspräsidentenpalais ab 1952 zwischenzeitlich der VEB Deutsche Schallplatten untergebracht war?

## Daten und Fakten

**Wohstandsempfinden steigt.** Der seit mehr als drei Jahren vom Meinungsforschungsinstitut Ipsos durchgeführte Nationale Wohlstandsindex für Deutschland zeigt eine kontinuierliche Erhöhung des Wohlandsempfindens in Deutschland. Jeder zweite Bundesbürger (49 Prozent) lebt heute nach eigener Einschätzung im Wohlstand. Gegenüber der Erhebung von vor drei Jahren ist dieser Index um 7,3 Prozentpunkte gestiegen. Neben ökonomischen Faktoren fließen dabei vor allem gesellschaftliche, individuelle und im geringeren Ausmaß auch ökologische Aspekte in die Bewertung ein. Besonders hoch schätzen die



### Uwe Lagosky MdB

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de



Deutschen, dass sie im Frieden mit ihren Mitmenschen leben können (71 Prozent), frei ihre Meinung äußern können (63 Prozent) und in einer Gesellschaft leben, der das Thema Weiterbildung wichtig ist (52 Prozent). Alle diese persönlichen Einstufungen sind im Laufe von drei Jahren deutlich gestiegen. (Quelle: *Nationaler Wohlstandsindex*)

**Ladendiebstahl verursacht Milliarden­schäden.** Den deutschen Einzelhandel kostete Warenschwund im letzten Jahr rund fünf Milliarden Euro. Das entspricht 1,08 Prozent des Umsatzes. Damit bewegt sich Deutschland im internationalen Vergleich im Mittelfeld: weltweit verliert der Handel 1,23 Prozent seines Umsatzes, in Europa sind es 1,05 Prozent. Neben administrativen Fehlern (19 Prozent) gilt Diebstahl hierzulande als Hauptursache für „Warenschwund“: 65 Prozent der Verluste gehen auf das Konto von Ladendieben, darunter auch professionelle Banden. Um Ladendiebstählen vorzubeugen, investieren Einzelhändler in Deutschland rund 1,31 Prozent ihres Umsatzes in Sicherheitstechnik. Neben der elektronischen Artikelsicherung sowie Alarm- und Videoüberwachung, die rund zwei Drittel der Händler einsetzen, konzentrierten sie sich auch vermehrt auf die Weiterbildung und Sensibilisierung ihrer Mitarbeiter. (Quelle: *Globales Diebstahlbarometer 2014/2015*)

## Zum Schluss, doch nicht das Letzte

**60 Jahre Bundeswehr.** In dieser Woche jährte sich zum sechzigsten Mal die Gründung unserer Bundeswehr. Dies feierten wir gemeinsam am 11. November mit dem Großen Zapfenstreich vor dem Reichstagsgebäude.

Viele große Namen der Union verbinden sich mit der Bundeswehr, darunter zahlreiche Verteidigungsminister, die aus unseren Reihen kamen. Sie alle haben unsere Streitkräfte entscheidend mitgeprägt. Die Bundeswehr ist eine Armee von Bürgern für Bürger. Damit unterscheidet sie sich

– genau wie mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform – von allen bisherigen deutschen Armeen.



In den Jahrzehnten der Ost-West-Konfrontation haben Millionen von Wehrpflichtigen und Berufssoldaten, aber auch Zivilbedienstete in ihr ihren Beitrag dazu geleistet, dass Freiheit und Frieden erhalten blieben und damit auch einen wesentlichen sicherheitspolitischen Grundstein für die Deutsche Einheit gelegt. Zur Zeit der Wiedervereinigung sowie der Integration von Teilen der NVA wurde Neuland beschritten und Vorbildliches geleistet. In Folge der seit 1990 veränderten Sicherheitslage wird die Bundeswehr seit über zwanzig Jahren bei zahlreichen friedenserhaltenden und –sichernden Maßnahmen außerhalb Deutschlands weltweit eingesetzt. Ein weiterer Meilenstein war die Öffnung unserer Streitkräfte für Frauen. Einen Umbruch erlebte die Bundeswehr mit dem Aussetzen der Wehrpflicht.



All diese Veränderungen haben zahlreiche Reformen erforderlich gemacht, die für die Betroffene



**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

uwe.lagosky@bundestag.de

**CDU**

nen häufig mit erheblichen Umstellungen im beruflichen und privaten Bereich verbunden sind. Weitere neue Herausforderungen ergeben sich für die Bundeswehr im Rahmen der Flüchtlingshilfe. Als Fraktion sind wir stolz auf unsere Parlamentsarmee und dankbar dafür, was sie leistet und geleistet hat. Unser Dank gilt aber auch den Familien der Soldaten und Beschäftigten.

**Uwe Lagosky MdB**

Platz der Republik 1 | 11011 Berlin  
t 030/227-71195 | f 030/227-70196

Im Kalten Tale 20 | 38304 Wolfenbüttel  
t 05331/9928230 | f 05331/9928231

[uwe.lagosky@bundestag.de](mailto:uwe.lagosky@bundestag.de)

**CDU**